

N i e d e r s c h r i f t

über die am 10.10.2019 stattgefundene 25. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung im Sitzungszimmer des Rathauses in Weinbach.

Beginn: 19:30 Uhr **Ende:** 20.35 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: **15**

A n w e s e n d w a r e n :

a) Stimmberechtigt:

Appl, Thomas, Vorsitzender
Ketter, Friedhelm
May, Stephan
Jung, Norbert
Bausch, Christian
Roos, Andreas
Weil, Thomas
Dienst, Stefan
Kauss, Dominik
Rompel, Friedhelm
Schäfer, Hans Reinhard
Klapper, Eric
Dorn, Ulrich

Entschuldigt fehlten:

Hölz, Marco
Schultheis, Rüdiger

b) nicht stimmberechtigt (Gemeindevorstand):

Lösing, Jörg, Bürgermeister
Gelbert, Norbert

c) als Schriftführer:

Scherber, Fabian

Die Mitglieder der Gemeindevertretung waren durch Einladung vom 02.10.2019 auf Donnerstag, den 10.10.2019, um 19:30 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung zur Sitzung
2. Vorlage des Jahresabschluss 2018
hier: a) Beratung und Beschlussfassung
b) Entlastung des Gemeindevorstandes
3. Errichtung von Urnengärten auf den Friedhöfen der Gemeinde Weinbach
hier: Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung
4. Resolution zur Abschaffung der Straßenbeiträge in Hessen
hier: Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung
5. Bericht des Gemeindevorstandes

TOP 1:

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter und die Mitglieder des Gemeindevorstandes, die anwesenden Zuhörer sowie die Vertreterin der Presse. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2:

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses Thomas Weil.

Herr Weil berichtet, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 24.09.2019 intensiv mit dem Jahresabschluss 2018 befasst habe.

Herr Weil führt aus, dass durch die Revision des Landkreises Limburg-Weilburg der uneingeschränkte Prüfvermerk erteilt werden konnte. Alle aufgeworfenen Fragen seien in der Sitzung beantwortet worden. Er merkt jedoch an, dass sich zwei Sätze wie ein roter Faden durch den Prüfbericht ziehen würden. Denn dort heiße es, dass die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Gemeinde grundsätzlich eine zutreffende Beurteilung der Lage der Gemeinde wiedergäbe. Eine Aussage zur Haushaltskonsolidierung - diese sei im Jahr 2018 mit einem erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 242.966 € erfolgreich fortgesetzt worden - sei jedoch nicht zutreffend, da ohne die Auflösung der Rückstellung für den kommunalen Finanzausgleich das Jahresergebnis defizitär gewesen wäre. Die im Prüfbericht getroffenen Feststellungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Gemeinde Weinbach müssten daher bei den zukünftigen Haushaltsberatungen zwingend Berücksichtigung finden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfehle jedoch der Gemeindevertretung, den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2018 zu beschließen und dem Gemeindevorstand gemäß § 114 HGO Entlastung zu erteilen.

Die Gemeindevertretung beschließt anschließend einstimmig den Jahresabschluss 2018.

Abstimmungsergebnis: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Die Gemeindevertretung beschließt zudem einstimmig, dem Gemeindevorstand gemäß § 114 HGO Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

TOP 3

Der Vorsitzende schildert, dass sich mit diesem Thema der Gemeindevorstand bereits intensiv beschäftigt habe und auch mit der Gemeindevertretung bereits interne Abstimmungen stattgefunden hätten.

Er übergibt anschließend das Wort an Herrn Bürgermeister Lösing. Bürgermeister Lösing stellt das Konzept der „Urnengärten“ anhand von Beispielen auf anderen kommunalen Friedhöfen vor und betont dabei, dass bei den Angehörigen zunehmend großen Wert auf pflegearme Bestattungsformen gelegt werden würde.

Aufkommende Verständnisfragen aus dem Gremium werden durch Herrn Bürgermeister Lösing beantwortet.

Der Gemeindevertreter Andreas Roos macht deutlich, dass es ihm wichtig sei, dass zunächst lediglich ein Votum aus der Bevölkerung als Entscheidungsgrundlage zu dieser Angelegenheit eingeholt werden soll. Es soll jedoch auch deutlich gemacht werden, dass hieraus keine etwaigen Ansprüche für die Errichtung von solchen Anlagen abgeleitet werden können.

Nach erfolgter Beratung und Diskussion fasst die Gemeindevertretung mehrheitlich folgenden Beschluss:

Die Gemeindevertretung beauftragt den Gemeindevorstand, bis zu ihrer Sitzung am 28. November 2019 über die Ortsbeiräte ein Votum der Bevölkerung hinsichtlich der Anlage von Urnengärten auf den gemeindlichen Friedhöfen - bis auf den Friedhof Fürfurt - einzuholen. Wie die Anlage aussehen könnte, ergibt sich aus der dem Beschluss beigefügten Planskizze. Im Ortsteil Blessenbach soll der Gemeindevorstand hierzu einen eigenen Informations-Abend durchführen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 11 dagegen: 1 Enthaltungen: 1

TOP 4

Der Vorsitzende führt in das Thema ein und erläutert hierzu, dass man sich in den Gremien auch mit diesem Thema bereits intensiv beschäftigt habe. Als ersten Schritt wolle man nun eine Resolution an die hessische Landesregierung, welche die landesweite Abschaffung der Straßenbeiträge vorsieht, auf den Weg bringen.

Parallel arbeite man auch an einer Lösung auf Gemeindeebene, da aufgrund der derzeitigen landespolitischen Mehrheitsverhältnisse nicht mit einer vollständigen Abschaffung der Straßenbeiträge in Hessen gerechnet werden kann.

Der Gemeindevertreter Friedhelm Rompel merkt hierzu an, dass seine Fraktion dafür sei, die Straßenbeiträge abzuschaffen. Solange dies aber nicht passiert ist, versuche man, eine gerechte Lösung zu finden, die alle gleich belastet.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKE, Herr Ulrich Dorn, äußert zu diesem Thema, dass er die Resolution gut finde und das Land Hessen finanzstark genug sei, um die Kosten für den kommunalen Straßenausbau tragen zu können.

Nach erfolgter Beratung und Diskussion beschließt die Gemeindevertretung sodann einstimmig die folgende Resolution:

Die Gremien der Gemeinde Weinbach fordern die Hessische Landesregierung auf, sich gegenüber dem Hessischen Landtag für eine gesetzliche Abschaffung der Erhebung von Straßenbeiträgen einzusetzen. Der Hessische Landtag soll zudem ersucht werden, die für die Unterhaltung der kommunalen Straßen notwendigen Finanzmittel im Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen und hierfür gegebenenfalls notwendig werdende gesetzliche Regelungen zu treffen.

Abstimmungsergebnis: dafür: 13 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

TOP 5

Bürgermeister Lösing berichtet über die Arbeit des Gemeindevorstandes:

- Am heutigen Tag fand ein Abstimmungstermin mit dem Amt für Bodenmanagement Limburg a. d. Lahn bezüglich des Feldwegeprogramms statt.
- den allgemeinen Sachstand bezüglich der Unwetterschutzmaßnahmen.
- den Sachstand bezüglich der vorgesehenen Geländemodellierung im Ortsteil Edelsberg (Kappesgarten).

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.35 Uhr.

Im Anschluss an die Sitzung findet ein informativer Austausch mit den anwesenden Anwohnern der Straße „Baumgarten“ aus dem Ortsteil Elkerhausen statt.

(Thomas Appl)
Vorsitzender der
Gemeindevertretung

(Fabian Scherber)
Schriftführer